Herforder Zeitung

für Stadt und Land

Bezugspreis halbmonatlich 1.— Mk.
Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- u. Feiertag, mittags.

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83
Postscheckkonto Nr 5796
Scheckamt Hannover

Anzeigenpreis:
Preis für die 1spaltige Millimeterzeile od. deren Raum für Stadt und Landkreis Herford 10 Goldpfennig; Reklamen 50 Goldpfennig.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 26 | Herford, Donnerstag, den 31 Januar 1924 | 42. Jahrgang

Die Sachverständigen in Berlin.

Empfang — Erste Sitzung.

Der erste Bericht.

Berlin, 30. Jan. Das Komitee für Budget und Währung veröffentlicht Mittwoch abend folgenden Bericht:

„Das erste Sachverständigenkomitee trat heute vormittag 11 Uhr zusammen. Es hat beschlossen, sich an den Reichskanzler zu wenden, um die Verbindung herzustellen mit den Personen, die offiziell befugt sind, Auskunft zu geben über die technischen Fragen, mit denen sich das Komitee zu befassen hat. Das Komitee hat den Wunsch, seine Untersuchungen in Berlin mit der möglichsten Eile durchzuführen, aber es beabsichtigt nicht, seinen Bericht vor der Abreise abzufassen."

Das Komitee hat weiterhin beschlossen, seine Arbeiten nachmittags in Unterausschüssen fortzusetzen.

Ansprache des Reichskanzlers.

wtb. **Berlin, 30. Jan.** Die Mitglieder des Sachverständigenausschusses für Budget und Währung wurden heute vom Reichskanzler im Beisein des Außenministers Dr. Stresemann, des Finanzministers Dr. Luther und des Wirtschaftsministers Hamm empfangen. Anwesend war auch der Staatssekretär für Wiederaufbau, Müller, und der Vorsitzende der Kriegslastenkommission, Staatssekretär Fischer. Der Reichskanzler begrüßte die Herren des Komitees durch folgende Ansprache: Ich freue mich, Gelegenheit zu haben, Sie namens der Reichsregierung hier zu begrüßen. Die Reichsregierung erkennt es mit Dank an, daß Sie hierhergekommen sind, um an Ort und Stelle die deutschen Verhältnisse zu prüfen. Es wird seitens der deutschen Verwaltung alles geschehen, um Sie in Ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen. Ihre Wünsche und Fragen werden mit größter Beschleunigung und mit rückhaltloser Offenheit behandelt und beantwortet werden. Zur Unterstützung Ihrer Arbeiten ist im Auftrage der Reichsregierung Material für ein Studium der deutschen Wirtschaft, Währung und Finanzen zusammengestellt worden, das Ihnen alsbald zugehen wird. Um die geschäftlichen Beziehungen zwischen dem Komitee und den deutschen Regierungsstellen zu erleichtern, ist die deutsche Kriegslastenkommission, deren Vorsitzender der Staatssekretär Fischer ist, beauftragt worden, die deutsche Regierung Ihnen gegenüber zu vertreten. Außerdem ist ein besonderer Vertreter der Kriegslastenkommission in dem Ihnen für Ihre Arbeiten zur Verfügung gestellten Gebäude dauernd anwesend, um Ihre Wünsche in Empfang zu nehmen. Der Vorsitzende des Komitees, General Dawes, erwiderte folgendes: „Das Komitee beauftragt mich, seiner Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß ihm Gelegenheit geboten wird, Sie und Ihre Mitarbeiter in der deutschen Regierung kennen zu lernen. Als gemeinsamer Ausschuß empfinden wir die große Bedeutung einer gemeinsamen Verständigung der Alliierten über eine Lösung der vor uns liegenden Probleme, und es erscheint uns höchst wünschenswert und wichtig, daß die deutsche Regierung daran teilnehmen will. Es ist unsere Hoffnung, daß eine solche Verständigung erreicht wird. Wir danken Ihnen für die Zusicherung Ihrer Hilfe und Mitarbeit.

wtb **Berlin, 30. Jan.** Die Unterausschüsse der hier eingetroffenen ersten Sachverständigenkommission werden heute nachmittag Beratungen abhalten. Eine Sitzung der gesamten ersten Kommission findet wahrscheinlich morgen vormittag statt.

Die dritte Steuer-Notverordnung.

10prozent Hypotheken-Aufwertung — Neue Gemeindeeinnahmen

Halbamtlich wird bekannt gegeben:

Das Reichskabinett hat Dienstag dem Entwurf der dritten Steuernotverordnung zugestimmt. Er ist bereits dem Reichsrat, dem fünfundvierzigsten Ausschuß des Reichstags und dem Reichswirtschaftsrat zugegangen.

Der Entwurf, der die Unterschrift des Reichsfinanzministers und des Reichsjustizministers trägt, regelt das hartumstrittene Gebiet der Aufwertung privater Schulden und sucht eine Lösung, die mit den überwiegenden und mit stets verschärftem Nachdruck vertretenen Wünschen weiter Kreise der Bevölkerung im Grundsatz übereinstimmt. Der Entschluß ist nach eingehender und wiederholter Erwägung von Gründen und Gegengründen, die angesichts der Tragweite für die Gesamtwirtschaft beide schwer wiegen, gefaßt worden, da Zögern nicht mehr vertretbar erschien.

Für Vermögensanlagen, d. h. insbesondere für Hypotheken und andere dingliche Lasten, für Schuldverschreibungen und andere Darlehnsansprüche gegen private Schuldner ist grundsätzlich eine

Aufwertung auf 10 v. H. des Goldwertes

der Forderung vorgesehen. Besonders ungünstige Verhältnisse des Schuldners berechtigen ihn zu geringerer Aufwertung. Eine Sonderregelung ist für Pfandbriefe gegeben, die den Ausschluß der Spekulationserwerber und die Begünstigung von altem Besitz von Mündeln, gemeinnützigen Anstalten und Stiftungen sowie ähnlichen zu mündelsicherer Anlage gezwungenen Gläubigern vorsehen.

Für die Regelung von Ansprüchen aus

Sparkassenguthaben

und Lebensversicherungsverträgen gelten andere Besonderheiten, die eine angemessene Verteilung der aufgewerteten Vermögensmassen sicherstellen. Der zugelassenen Aufwertung dient ein besonders vereinfachtes Verfahren.

Für öffentliche Anlagen ist bis zur Abdeckung aller Reparationsverpflichtungen der Anspruch auf Kapital und Zins aufgehoben. Ob überhaupt, und wann, in welchem Umfange und zu welchem Zeitpunkt Zinsen und Tilgungsdienst wieder aufgenommen werden sollen, wird in späterer Zeit durch besonderes Reichsgesetz geregelt.

Die Aufwertung gibt dem Gläubiger nur einen Teil des Geldwertunterschiedes zwischen der alten Goldmarkforderung und deren Papierwert. Gründe der Gerechtigkeit, ebenso wie die des dringenden Finanzbedarfs vom Reich, Ländern und Gemeinden zwingen dazu, den verbleibenden Geldentwertungsgewinn des Schuldners zu besteuern. So werden

Obligationsschuldner,

die vor dem 31. Dezember ihre Obliegenheiten getilgt haben, mit 12 v. H. des Goldmarkwertes der Schuldverschreibungen besteuert. Die Steuer ist grundsätzlich in Halbjahrsraten von je 2 v. H. zu zahlen. An diesem Zeitpunkt noch nicht getilgte Schuldverschreibungen tragen 2 v. H. Steuer, weil hier die Aufwertung hinzutritt.

Die Besteuerung der Inflationsgewinne aus Krediten, aus der Ausgabe von Notgeld und aus öffentlichen Zuschüssen zum Bau von Wohngebäuden sowie schließlich des Geldentwertungsgewinnes der Eigentümer bei belastetem unbebautem Grundbesitz wird vorbereitet. Bei unbebautem Grundbesitz wird im Interesse der Sicherung der Volksernährung die erste Rate zeitlich hinausgeschoben. In eingehender Weise ist die Besteuerung des Geldentwertungsgewinnes bei bebautem, insbesondere städtischem Grundbesitz im Anschluß an die Steigerung der Mieten geregelt. Diese Steuer soll, ebenso wie die von unbebautem Grundbesitz den Ländern vorbehalten bleiben; ihnen wird auch die Besteuerung der Geldentwertungsgewinne zugewiesen, die bei Holzverkäufen aus Forsten öffentlicher Körperschaften entstanden sind.

Neben diesen neuen Steuern, die die finanzielle Selbständigkeit der Länder und Gemeinden stärken, werden den Ländern durch

neue Verteilung bestehender Steuerquellen

die erforderlichen Mittel zur Deckung ihrer dringendsten Haushaltsbedürfnisse zur Verfügung gestellt, insbesondere zur selbständigen Aufbringung der Besoldungen.

Um die aus dem Aufwertungsverfahren sich ergebenden Bewertungsschwierigkeiten für die Steuern der nächsten Zeit auszuschließen, ist besondere Bestimmung über ihre Bewertung in der Steuerbilanz getroffen. Weiter bringt die Verordnung Vereinfachungen und Verbilligungen des Besteuerungsverfahrens und des Steuerstrafverfahrens. Den Gemeinden ist auf den Gang des Verfahrens weitergehender Einfluß gewährt worden.

Der Kampf um die Grundsteuer.

Von Regierungslandmesser Meincke-Merseburg.

Die Durchführung der Grundsteuer in Preußen ist von größter Bedeutung nicht nur für Preußens und Deutschlands Finanzen, sondern für unsere gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung überhaupt. Der scharfe Kampf gegen die Grundsteuer, wie er heute in Preußen seitens der Deutschnationalen und neuerdings seitens des Zentrums geführt wird, ist sachlich unberechtigt und außerordentlich bedauerlich.

Gewiß! Eine Verbesserung der preußischen Grundvermögenssteuer — so lautet der amtliche Name — muß und wird kommen, denn die ungerechte und oft sehr drückende Mehrbelastung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe, insbesondere der Pächter gegenüber den Großbetrieben muß aufhören.

Es muß endlich eine solche Regelung der landwirtschaftlichen Steuern erstrebt werden, daß der fleißige Landwirt, der den Boden intensiv bebaut, nicht schärfer als der saumselige angefaßt wird, was in den meisten deutschen Ländern leicht und billig auf Grund der vorhandenen Katasterunterlagen zu erreichen ist. Eine solche, den reinen Bodenwert (also ohne Gebäude) erfassende, und zwar dann die einzige landwirtschaftliche Steuer, würde dem Steuerkampfe, der immer wieder die politische Atmosphäre vergiftet, die Spitze abbrechen. Sie würde gleichzeitig die Eigentümer der Oedländereien und der Großgüter veranlassen, das zur Siedlung geeignete Land einer höheren kulturellen Ausnutzung in klein- und mittelbäuerlichen Betrieben zuzuführen. Da eine solche Regelung aber nicht für den Augenblick zu erreichen ist, muß man dem Antrage der demokratischen Abgeordneten Dr. Schreiber und Dr. Höpker-Aschoff zustimmen, der eine Staffelung der Steuersätze zur Entlastung der Kleinbetriebe vorsieht und auch bei der Deutschen Volkspartei und bei den Sozialdemokraten Anklang gefunden hat.

An eine solche Verbesserung der Grundsteuer denken aber die heutigen Grundsteuer-Gegner nicht. Ein preußischer Finanzministerialerlaß vom 14. Januar 1924, der augenscheinlich den Sturm dieser wohlorganisierten mächtigen Kreise abwenden soll, zeigt unverwischbar, daß die Reise in die entgegengesetzte Richtung geht.

In dem Erlaß werden der Gegenseite kaum glaubliche Zugeständnisse gemacht. Die heutige Einschätzung, die zu beanstanden 1916 und 1923 Gelegenheit war, soll jetzt, und zwar sofort einer Nachprüfung unterzogen werden. Diese wird aber nicht nur große Kosten und Arbeiten verursachen und die heute so dringend benötigten Einnahmen aus den schon fließenden Steuern in Frage stellen, sondern sie wird vor allem die allein Gerechtigkeit verbürgende Einheitlichkeit des gesamten Steuerwerkes den Gefahren sporadischer Eingriffe der von den Landwirtschaftskammern vorzuschlagenden Sachverständigen aussetzen und schließlich sogar den Großbetrieben eine Sonderbehandlung im engeren Kreise der Großbesitzer ermöglichen. Denselben Großbesitzern, die schon 1916 unter ihrem beherrschenden Einfluß in den Einschätzungskommissionen ihre Interessen nachdrücklich wahrgenommen haben.

Man muß sich also darüber klar sein, daß die Großgrundeigentümer inzwischen durch den Finanzminister auf dem Verwaltungswege eine erneute Bevorzugung erlangt haben, bevor überhaupt eine gesetzliche Aenderung erfolgt ist. (Es zeigt sich hier, nebenbei bemerkt, die alte Kunst der konservativen wohlerfahrenen Kreise, ohne viele Gesetzesmacherei in der Stille auf dem Verwaltungswege ihre Frucht in die Scheuern zu bringen, während die Linke gern die gesetzgeberischen Taten in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rückt.)

Im übrigen ist kaum anzunehmen, daß die breiten Kreise der Kleinlandwirte, besondern im Zentrum,

Das Neueste vom Tage

Wie der Reichspostminister Dr. Hoefle geäußert hat, soll der Etat der Reichspost in finanzieller Hinsicht vom allgemeinen Reichshaushalt losgelöst werden.

Der Sparausschuß des Reichstages hat festgesetzt, daß bis heute in der Zollverwaltung 11,19 Prozent des Personals abgebaut sein müssen.

Man rechnet damit, daß die Personentarife in der dritten und vierten Klasse der Reichsbahn in der nächsten Zeit eine Erhöhung erfahren.

In der ersten Januarhälfte ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland von 1 528 000 auf 1 556 000 gestiegen, während die Zahl der Kurzarbeiter um rund 200 000 auf 649 000 zurückging.

Zwischen der Reichsregierung und den Eindringlingen sollen Verhandlungen im Gange sein über die Rückkehr der Schupo ins Ruhrgebiet. Man rechnet damit, daß ein Drittel der Beamten und zwar geborene Rheinländer und Westfalen bereits im Februar zurückkehren dürfen.

Im gallischen Polizeigefängnis zu Dortmund befinden sich zur Zeit noch 230 Personen, die auf ihr ungerechtes Urteil warten müssen.

Der Streik im Wuppertal hat sich weiter ausgedehnt und ist auch auf das Hagener Gebiet übergesprungen, wo sämtliche Gemeindearbeiter die Arbeit niedergelegt haben.

Die rumänische Regierung hat die Anleihe, die sie in Paris ausgeschlagen hat, in Höhe von 100 Millionen Lire, nunmehr in Italien erhalten. — Ein schwere Niederlage der französischen Politik.

jetzige Vorgehen der Grundsteuer-Gegner billigen werden. Diese Partei hat es bisher immer verstanden, die gröbsten Härten im wirtschaftlichen Kampfe auszugleichen. Es wird ihr hoffentlich auch auf diesem sehr unbequemen Gelände gelingen, nachdem diese Schichten durch die immer mehr wachsenden Organisationen der Kleinbauern, Pächter und Bodenreformer genügend aufgeklärt sind. Auch in den Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei wird man stutzig werden, wie auch schon vor dem Kriege konservative Männer die Steuerscheu der Großgrundeigentümer und ihre Vorliebe für Ertragswert und Steuerbuchführung bekämpft haben. Und so ist es vielleicht kurz vor der Entscheidung nicht vergeblich, auf die Gefahren einer Ablehnung der Grundsteuer in Preußen aufmerksam zu machen.

Unerträglich ist die maßlose Ungerechtigkeit gegenüber den breiten bis in den besten Mittelstand hinein notleidenden Massen, die heute aufs schwerste unter geringer Entlohnung, Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverlängerung zu leiden haben und denen der letzte Spar- und Notgroschen infolge der Geldentwertung dahingeschmolzen ist. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten zahlen heute als Mieter ohne Murren neben ihrer hohen Reichs-Einkommensteuer auf je 25 *M* monatlicher Friedensmiete einen Gebäudesteueranteil von durchschnittlich 1 *M*. Der Eigentümer eines ostelbischen Rittergutes braucht dagegen erst von etwa je 10 Morgen Ackerland monatlich 1 *M* als Grundsteuer aufzubringen und spart dabei noch gegenüber der Vorkriegszeit für diese Fläche etwa 8 *M*, also das Achtfache an Hypothekenzinsen. Gewiß muß heute der Grundeigentümer einen recht vielseitigen und viel zu verwickelten Strauß Reichssteuern erlegen; jedoch reichen diese noch lange nicht an die Lasten heran, die der Pächter an Pacht und Steuern vom Lande aufbringen muß. Und es ist ganz ungehörig, wenn zum Beispiel die „Deutsche Tageszeitung" das Steuergeschrei eines Mecklenburger Rittergutsbesitzers herausstreicht, der wegen der Steuern mit der Abschlachtung seines Milchviehes droht. Auch im abgelegensten Bauernhof wird man einsehen müssen, daß heute von jedem Opfer gebracht werden müssen, und daß es weder dem Vaterlande noch der Landwirtschaft dient, daß man es den Großbesitzern gestattet, vermittelst ihrer Steueragitation die Leitung in den landwirtschaftlichen Organisationen und ihre Steuervorrechte zu behaupten.

Die Gefahren einer nochmaligen Inflation und die Vorteile einer Befestigung unserer Währung sind so handgreiflich, daß auf eine starke Ablehnung des großagrarischen Angriffs und auf die Beseitigung der erwähnten ministeriellen Bestimmung durch den Landtag zu rechnen ist. Arbeiten wir aber darüber hinaus an der Verbesserung der Grundsteuern im Interesse der Allgemeinheit, insbesondere der Vermehrung und Stärkung unserer bäuerlichen und kleinbäuerlichen Landwirtschaft.

*

Ein Kompromiß.

Nach langwierigen Beratungen ist gestern im preußischen Landtage über die strittige Grundsteuer eine Einigung erzielt worden. Am umstrittensten war die Frage der ländlichen Grundsteuer, in der namentlich das Zentrum aus allgemein-politischen Gründen hartnäckigen Widerstand leistete. Nach der nunmehr abgeschlossenen Vereinbarung sollen für die ersten 10 000 Mark Ergänzungssteuerwert

10 Pfennig pro 1000 Mark

gezahlt werden, für die nächsten 20 000 Mark Vermögenswert 15 Pfennig pro Tausend, für die folgenden 30 000 *M* Vermögenswert 20 Pfennig. Bei Vermögen über 60 000 Mark Grundvermögen beträgt der Satz für 1000 *M* Ergänzungssteuerwert 25 Pfennig. Diese Staffelung tritt jedoch nur bei Gesamtvermögen bis zu 200 000 *M* ein. Die Geltungsdauer des Gesetzes wird bis zum Schlusse des laufenden Jahres angenommen.

Damit ist die preußische Krise glücklich vermieden worden. Aber man muß in diesem Zusammenhang doch einmal feststellen, daß von einzelnen Zentrumsleuten bei dieser rein wirtschaftlichen Frage ein

unschönes politisches Spiel

getrieben wurde. Der Zentrumsabgeordnete von Papen erklärte ganz offen, daß es ihm nicht um die Grundsteuer, sondern um die Beseitigung der großen Koalition gehe. Eine seltsame Haltung zeigten auch einige

Mitglieder der Deutschen Volkspartei.

Herr Leidig glaubte, die Erklärung seines Parteigenossen, des Finanzministers, daß die Regierung mit der Grundsteuer stehe und falle, nicht ernst nehmen zu können, und er spielte mit dem Gedanken, anstelle eines Steuerausfalles bei der Grundsteuer die Gewerbesteuer auch für den Staat heranzuziehen. Das hätte für die städtischen Gewerbetreibenden, die ja die Grundsteuer als Hausbesitzer oder Mieter ohnehin zu tragen haben, noch eine Extrabelastung etwa in derselben Höhe wie die jetzige Gewerbesteuer bedeutet. Durch das Kompromiß sind die städtischen Gewerbetreibenden von dieser ihnen von volksparteilicher Seite zugedachten Belastung geschützt worden.

*

Ausführungen des Finanzministers.

wtb. **Berlin**, 30. Jan. Im preußischen Landtag führte der

Finanzminister Dr. Richter

u. a. aus: Wir haben in diesem Jahre bisher davon absehen müssen, Ihnen den Staatshaushalt für das Jahr 1924 rechtzeitig vorzulegen, denn die Arbeiten zur Aufstellung unseres Haushalts fielen gerade in die Zeit der katastrophalen Entwertung unserer Währung, dann kam Mitte November die Stillegung der Notenpresse. Ein solcher Haushalt hätte nicht ein Bild unserer wirklichen Verarmung gegeben. Jetzt liegt Ihnen ein auf Goldmark basierter Haushalt vor, bei dessen Zahlen Sie sich tatsächlich etwas denken können. Es ist berechtigt, daß ich bei dieser Gelegenheit auf die gesamte Finanzlage des preußischen Staates eingehe. Dabei muß das Verhältnis des preußischen Staates zum Reich in finanzieller und sonstiger Beziehung erörtert werden. Ich habe schon wiederholt ausführen müssen, daß die Gestaltung dieses Verhältnisses nicht den Interessen vollständig Rechnung trägt, auf deren Wahrung die einzelnen Länder Anspruch haben. Auch in deutschen Ländern, die durchaus nicht partikularisch sind, ist es zum Durchbruch gekommen, daß in den Beziehungen zwischen den Ausgaben und der Tätigkeit des Reiches einerseits und denen der Länder andererseits die Grenze nicht so gezogen ist, daß dabei die Interessen der Länder voll zu ihrem Rechte kommen. Ich freue mich, feststellen zu können, daß dieser Gedanke jetzt auch in der Reichsregierung auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Demokratische Aufgaben.

Die zentralen Körperschaften der Demokratischen Partei, Reichstagsfraktion, Vorstand und Parteiausschuß, sind in den letzten Tagen zusammengewesen und haben sich mit den drängendsten Fragen des Tages und mit dem beschäftigt, was in den nächsten Monaten voraussichtlich unser politisches Leben erfüllen wird. In der Führung der Partei trat an Stelle des neuen Hamburger Bürgermeisters Dr. Petersen der Abgeordnete Dr. Koch. Der bisherige Vorsitzende hat auch bei denen, die im Einzelnen oft nicht mit ihm einverstanden waren, ein gutes Maß von Vertrauen besessen, das vornehmlich auf dem allgemeinen Bewußtsein ruhte, daß seine Haltung nicht von selbstsüchtig persönlichen Motiven, nicht von äußerem Ehrgeiz bestimmt zu sein pflegte, was in der Politik leider keine selbstverständliche Erscheinung ist. Dieser Besitz an rein menschlichem Vertrauen auch in anderen Parteikreisen mag Herrn Dr. Petersen zuweilen verleitet haben, das Moment der Versöhnlichkeit und des Vermittelnwollens allzusehr für die Politik der Partei bestimmend werden zu lassen. Darin lag die Gefahr, daß solche taktische Einstellung die sachliche Durchsichtigkeit und die sachliche Stoßkraft der Demokratischen Partei beeinträchtigte.

Die Demokratische Partei will ihren Parteitag unmittelbar vor der erwarteten Neuwahl des Reichstages in Weimar abhalten. Darin soll offenbar ein Programm und ein Bekenntnis liegen. Mit dem für eine Partei der Demokratie heute selbstverständlichen Bekenntnis zur Weimarer Reichsverfassung verbindet sich hier die Einsicht, daß es eines lauten Sammelrufes zur Verteidigung dieser Verfassung bedarf, und das Programm, diese Frage des Schutzes der Republik und die des Schutzes einer ernsthaften Reichsgewalt in den Vordergrund des nächsten Wahlkampfes zu rücken. Das muß in der Tat geschehen. In den führenden Kreisen der Demokratischen Partei scheint man mit Recht zu empfinden, daß in der Zeit, in die wir jetzt hineingehen, rein wirtschaftliche Fragen werden zurückstehen müssen hinter den unmittelbaren Gefahren neuer politischer Beunruhigung. Das gilt natürlich nicht für die Notwendigkeit, dem deutschen Wirtschaftsleben, und ebenso dem politischen Leben die Grundlage einer stabilen Währung zu schaffen und zu diesem Ende unsere öffentlichen Finanzverhältnisse mit allen, auch für den Steuerzahler sehr schmerzlichen Mitteln in Ordnung zu bringen. Dies ist Voraussetzung innen- und außenpolitischer Arbeit. Aber auch das Andere tut uns not, um nach außen hin, in der Gemeinschaft der Völker Deutschland wieder zu stabilisieren und vor dem Vernichtungswillen immer noch feindlich eingestellter Mächte zu retten; das Andere: nämlich der rücksichtslose Wille und seine Bestätigung, diese Deutsche Republik und ihr Grundgesetz demokratisch-sozialen Charakters endlich einmal zu festigen und aus der äußersten Gefahrzone herauszubringen.

Hier darf freilich nicht vergessen werden, daß auch hinter den Bedrohungen des gegenwärtigen Staates, die scheinbar rein politisch eingekleidet sind, vielfach wirtschaftlich-soziale Gegenkräfte stehen. Die Menschen, die am sichtbarsten und lautesten gegen Republik und Demokratie anstürmen, ahnen meist garnicht, wer ihre Betätigung finanziert, wer ihre Führer in der Hand hat und die Weisungen erteilt. Noch viel weniger ahnen sie, welchen Sonderinteressen, welchen großkapitalistischen und schwerindustriellen Tendenzen ihre oft so ehrlich beseelten jungen Kräfte dienstbar gemacht werden. Neuerdings wird ja diese gefährliche sozial-wirtschaftliche Reaktion deutlicher sichtbar. Auch in der Demokratischen Partei scheint man sich mehr als bisher ihrer bewußt zu werden. Sehr volksverständlich und stoßkräftig kommt solche Erkenntnis in den angenommenen Entschließungen allerdings nicht zum Ausdruck. Der Offene Brief des Herrn Dr. Wirth hatte da andere Worte gefunden, und man kann verstehen, daß so viele Demokraten, die mit dem Zentrum sonst garnichts zu tun haben wollen, in diesem Mann mehr als in den Personen an der Spitze ihrer eigenen Partei den wirklichen Führer deutscher Demokratie sehen. Die demokratische Jugend hat ihm das kürzlich ausgesprochen, aber es gilt wohl auch von anderen. Wer von engherzigem Parteigeiste frei ist, könnte das begrüßen.

Klarer und deshalb wirkungsvoller scheint uns das, was der Demokratische Parteiausschuß zu den Fragen von Rhein und Ruhr gesagt hat. Vor allem der Ausdruck der Erkenntnis, daß die besetzten Gebiete nicht vom Gesamtvaterland aus aufgegeben werden dürfen, und daß die finanziellen Lasten der Besatzung von uns allen gemeinsam zu tragen sind. Besondere Unterstreichung verdient dabei das mahnende Wort, auch bei der Durchführung des Beamtenabbaues besondere Rücksicht zu nehmen auf die Opfer der französischen Gewaltpolitik, die ja, anders gesehen, die Opfer eines Kampfes sind, für den ganz Deutschland die Verantwortung übernommen hat. Das Einstehen für Rheinlande und Rheinländer ist eine sittliche Pflicht, für die wir alle, Reich, Staat und Steuerzahler, wie jeder sonst auf seinem Posten, solidarisch haftbar sind.

Ausführlich haben sich die demokratischen Parteigremien schließlich mit der Frage des Ausnahmezustandes beschäftigt. Wie der neue Führer Dr. Koch hat auch der Reichswehrminister selbst als wünschenswert bezeichnet, daß dieser anormale Zustand "so bald wie möglich" aufgehoben werde. Das ist nun freilich ein dehnbarer Begriff. Wir nehmen an, daß man sich in den verschiedenen Erörterungen innerhalb der Partei zum guten Teile sehr viel bestimmter ausgedrückt hat. Zweifellos herrscht heute in weiten Kreisen sehr maßvoll ruhiger Anhänger der demokratischen Sache allerstärkste Beunruhigung über das mit der Verfassung schwer noch vereinbare allzu lange Andauern des Ausnahmezustandes und über die verschiedenen Erscheinungen, die daraus entspringen. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß die demokratische Parteiführung, insbesondere auch die Reichstagsfraktion, den Willen haben, jenen Wunsch baldmöglicher Aufhebung nicht zur Phrase und zum Gespött werden zu lassen. Das Militärregiment, unter dem Deutschland heute wieder in vielen Beziehungen steht, wird auch von weiten bürgerlichen Kreisen von Tag zu Tag schwerer erträglich gefunden.

Die Wiederherstellung normaler Zustände muß heute von einer demokratischen Partei als nächste und dringendste Aufgabe ihrer Politik angesehen werden.

Notschrei der pfälzischen Presse.

Die Brutalisierung unter dem Schutz gallischer Bajonette.

wtb. **Berlin**, 30. Jan. Durch Funkspruch an alle Welt ist folgender Aufruf der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse gerichtet worden:

Unter Mißachtung der in jedem Kulturstaat als unantastbares Gut geltenden Pressefreiheit suchen Separatisten unter dem Schutz der französischen Bajonette die pfälzische Presse zum willenlosen Instrument ihrer politischen Ziele zu machen. Die pfälzischen Verleger und Redakteure vermögen als verantwortungsbewußte Männer sich dieser unerhörten Vergewaltigung ihrer Gewissensfreiheit nicht zu fügen. Da trotz wiederholter Proteste und Hilferufe ihnen bisher von keiner Seite Unterstützung geworden ist, haben die Pfälzer Verleger keinen anderen Ausweg gefunden als den, sich ihre Gewissensfreiheit dadurch zu wahren, daß sie das Erscheinen ihrer Zeitungen eingestellt haben. Sie sind sich dabei der ungeheuren wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Konsequenzen bewußt. Die pfälzische Presse ist täglich und stündlich bereit, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen, um dem zeitungslosen Zustande in der Pfalz ein Ende zu machen, sobald im Rahmen und im Sinne des Geistes der Verfügungen des Rheinlandabkommens entsprechend die Pressefreiheit in der Pfalz wiederhergestellt ist. Namens der pfälzischen Presse, die mundtot gemacht worden ist, wendet sich die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse an das Weltgewissen und insbesondere an die politische Einsicht der Regierungen, die die Wiederherstellung geordneter Zustände in den Grenzgebieten wünschen. Sie appelliert gleichzeitig an ihr Gerechtigkeitsgefühl und an ihren staatsmännischen Sinn.

Herford und Minden-Ravensberg

Gebunden führt der Schmerz uns alle durch das Leben;
Sanft, wenn wir willig gehn, hart, wenn wir widerstreben.
Haller.

31. Januar.

Schulabbau.

Forderungen der Mittelschule.

Man schreibt uns: Zum Beamten- und Schulabbau faßte der Rheinisch-Westfälische Provinzialverband des preußischen Vereins für das mittlere Schulwesen am 29. Dezember zu Elberfeld folgende Entschließung: „Der Wiederaufbau in unserem Vaterlande ist bisher nur von der wirtschaftlichen Seite versucht worden. Bei allen Vaterlandsfreunden bricht sich immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß selbst eine wirtschaftliche Blüte nur dann dem Allgemeinwohl dient, wenn die Bürger von wahrhaft christlich-deutscher Gesinnung erfüllt sind. Darum muß die Hauptsorge auf den geistig-sittlichen Wiederaufbau gerichtet sein. Zu den Einrichtungen, die dieser Aufgabe dienen, gehört auch die Schule.

Unsere wirtschaftliche Lage fordert den Beamtenabbau. Es wäre aber unverantwortlich, dabei Einrichtungen zu gefährden, die wie die Schule dem Wiederaufbau unmittelbar dienen. Personalabbau auf dem Gebiete der Schule bedeutet überall da Schulabbau, wo nicht ungewöhnlich schwache Klassen eine Zusammenlegung rechtfertigen. Schulabbau aber bedeutet für das deutsche Volk Verzicht auf eine führende Rolle im Kulturleben der Menschheit. Insbesondere stehen dem Personalabbau an der Mittelschule eine Reihe schwerwiegender Gründe entgegen. Die Mittelschule bietet eine vorzügliche Gelegenheit für die geistige und sittliche Ausbildung tüchtiger Kinder aus den Reihen der Arbeiter, Handwerker, Angestellten und Beamten zum sozialen Aufstieg. Ihre Eigenart liegt in einer besonderen Einstellung auf das kaufmännische und gewerbliche Leben. Sie hat jetzt schon infolge eines ständig steigenden Zustroms von allen Schulgattungen die höchsten Klassenziffern. Ihre Lehrerschaft hat im Gegensatz zu der Lehrerschaft der Volksschule und der höheren Schule keine eigene Anwärterschaft. Sie ergänzt sich im wesentlichen aus der durch Universitäts- oder Privatstudium weiter gebildeten Lehrerschaft der Volksschulen. Ein Personalabbau würde also hier nicht die Beamten im Vorbereitungsdienst, sondern den Stamm der Lehrerschaft selbst treffen. Deshalb fordern wir freie Entwicklung für diese junge, entwicklungsfrohe Schulart, nicht Abbau, sondern Ausbau.

---

wtb. **Reichsrichtzahl und Großhandelsinder.** Die Reichsinderziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 28. Januar auf das 1,06 Billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,08 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 1,9 v. H. zu verzeichnen. — Die auf den Stichtag des 29. Januar berechnete Großhandelsinderziffer des Statistischen Reichsamtes ergibt gegenüber der vom 22. Januar (115,7) einen weiteren Rückgang um 0,8 v. H. auf 114,8.

= **Die Februarzulagen der Beamten.** Wie das Reichsbesoldungsblatt mitteilt, erhalten die Beamten ihre Februarbezüge je zur Hälfte am 1. und 13. Februar. Eine Anregung der Beamtenspitzenorganisationen, die erste Gehaltshälfte schon einen oder mehrere Tage früher auszuzahlen, damit die Beschaffung der Monatskarten zur Benutzung der Verkehrsmittel rechtzeitig erfolgen kann, hat das Reichsfinanzministerium zurückgewiesen. Ueber die Erhöhung der Ortszulage im Hinblick auf die bevorstehende Mietspreiserhöhung schweben z. Zt. Erwägungen zwischen den Ressortsverwaltungen.

fr. **Wucher mit Milch.** Gegen den Milchhändler August H., sowie die Milchhändlerin Käthe K. von hier war von der Wucherpolizei wegen Ueberpreisforderung ein Straf-

befehl von je 100 M erlassen worden. Sie hatten den Liter Milch mit 21 Milliarden verkauft, als der Preis für diese erst auf 11,200 Milliarden festgesetzt war. Sie behaupteten, denselben nicht gekannt und den Ueberpreis zurückgezahlt zu haben. Gegen den Strafbefehl war Berufung eingelegt worden. Das Gericht hielt Preistreiberei für erwiesen. Die Rückzahlung der Mehrforderung sei jedenfalls erst eingetreten, als sich die Beschwerden darüber gehäuft hätten. Das Wuchergericht Bielefeld ging über die festgesetzte Strafe hinaus und verurteilte Frau K., bei der schon eine polizeiliche Verwarnung wegen solcher Sachen vorlag, zu 300 M. H. zu 200 M Geldstrafe.

hz. **Konkursverfahren.** Ueber das Vermögen des Kaufmanns August Trente ist am Dienstag mittag das Konkursverfahren eröffnet worden. Tr. erwarb bekanntlich vor mehr als Jahresfrist das damalige Hotel Kaiserhof am Neuen Markte und richtete darin eine Baumwollwaren-Großhandlung ein. Konkursverwalter ist der Kaufmann Gustav Landwermann. Nähere Einzelheiten über den Lauf und die Termine des Verfahrens finden sich in einer Bekanntmachung des hiesigen Amtsgerichts in heutiger Ausgabe der Herforder Zeitung.

= **Die Eintragung von Hypotheken in ausländischer Währung.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, gibt der Minister für Handel und Gewerbe die Einwilligung zur Eintragung von Hypotheken in ausländischer Währung nur ausnahmsweise und in der Regel nur dann, wenn durch sie für den deutschen Handel und die deutsche Industrie die Beschaffung von Rohstoffen im Ausland ermöglicht wird. Im übrigen werden die Antragsteller auf das Gesetz über wertbeständige Hypotheken vom 23. Juni 1923 verwiesen.

= **Der Rackelhahn.** Ein für Jäger interessantes Urteil fällte die Strafkammer in Arnsberg. Der Fabrikbesitzer Joseph Rösler aus Essen war vom Schöffengericht in Berleburg wegen Jagdvergehens zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er in seiner Jagd während der Schonzeit einen Rackelhahn geschossen hatte. R. hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt, da er sich unschuldig fühlte. Die Strafkammer trat nicht in die Beweisaufnahme ein, sondern verlas nur das erstattete schriftliche Gutachten. Nach diesem Gutachten ist der Rackelhahn — eine Kreuzung zwischen Birk- und Auerwild — kein jagdbares Wild. Die Strafkammer hob daher das Schöffengerichtsurteil auf und sprach R. kostenlos frei.

= **Neuer Generallandschaftsdirektor für Westfalen.** Der Aufsichtsrat der Landschaft der Provinz Westfalen wählte in seiner letzten Sitzung den bisherigen Zweiten Direktor Dr. Wilhelm Kellermann zum Generallandschaftsdirektor. Der jetzige Inhaber dieses Amtes, Geh. Reg.-Rat Rottarp wird am 31. März zurücktreten. Geheimrat Rottarp war früher eine Reihe von Jahren Syndikus der Landschaft und wurde 1919 als Nachfolger v. Laers zum Generallandschaftsdirektor gewählt. Der neue Generallandschaftsdirektor Dr. Kellermann, der im 46. Lebensjahr steht, war früher Generalsekretär des Westfälischen Bauernvereins.

= **Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege.** Die Vereine, die für eine Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege in Frage kommen, sind bei den Reichsbahnbehörden zum Teil nicht rechtzeitig angemeldet worden. Um aber eine Unterbrechung bei dieser Vergünstigung nicht eintreten zu lassen, gelten im Monat Januar neben den neuen Bescheinigungen auch noch die alten aus dem Jahre 1923. Vom 1. Februar ab gelten jedoch nur die neuen für das Kalenderjahr 1924 ausgestellten Ausweiskarten in Postkartenform auf gelbem Papier.

= **Musikverein.** Man schreibt uns: Heute abend ist gemeinsame Probe. Es sind Verhandlungen mit Solisten eingeleitet. Die Proben müssen von jetzt an ganz regelmäßig besucht werden, da nur noch wenig Zeit zur Verfügung steht.

b. **Opern- und Operettenabend Tholen im „Herforder Hof".** In den gemütlichen Räumen des „Herforder Hof" herrschte gestern abend bei regem Besuch eine nette Stimmung, die dem Auftreten des bekannten Künstler-Ehepaares Tholen zu danken war. Herr und Frau Tholen sangen bekannte Solis und Duette aus der reichen Opern- und Operettenfülle, brachten auch Schlager aus neueren Bühnenwerken und hübsche Stimmungslieder. Frau Tholen hat ihren metallenen, kräftigen Sopran, wie wir ihn von früher her kennen, behalten. Ihr Partner andererseits hat bemerkenswerte Fortschritte gemacht in Stimmkultur und Schulung, sodaß es ihm heute nicht mehr schwer fällt, seinem Tenor der vorherrschenden Stimme seiner Gattin gegenüber Geltung zu verschaffen. Das Publikum unterhielt sich ausgezeichnet, und wenn die Künstler am kommenden Sonntag, wofür Aussicht besteht, wieder nach hier kommen sollten, wird im „Herforder Hof" sicherlich kein freier Stuhl zu bekommen sein.

---

a. **Löhne.** In der am 28. Januar unter dem Vorsitz des Amtmanns von der Boeck stattgefundenen Sitzung der Amtsversammlung des Amtes Gohfeld-Mennighüffen gedachte der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung mit ehrenden Worten des verstorbenen Amtsbeigeordneten Dr. Blomeyer. Darauf wurde vom Amtmann das Ergebnis der am 10. Oktober 1923 stattgefundenen Personenstandsaufnahme bekanntgegeben. Danach zählt das Amt Gohfeld-Mennighüffen 19 941 Einwohner. Weiter wurde das Ergebnis der im Amte Gohfeld-Mennighüffen durchgeführten Volkssammlung mitgeteilt. Dieselbe betrug in der Gemeinde Gohfeld: 101 Bill. 100 Mill. und 10 Gulden, 107 Ztr. Korn, 125,40 Ztr. Kartoffeln, 34 Pfd. Speck, 112 Pfd. Fett, 70 Brote, 34 Ztr. Steckrüben, 25 Pfd. Weißkohl, 185 Pfd. Bohnen, 20 Pfd. Zucker, 30 Ztr. Kohlen, 2 Ztr. Torf, 50 Pfd. Weizenmehl, 25 Pfd. Haferflocken, 24 Hemden und 6 Beinkleider; Gemeinde Löhne: 21 Bill. 662 Mill. Mark, 16,82 Ztr. Korn, 42,81 Ztr. Kartoffeln, 5 Brote, 5 Pfd. Butter, 15 Pfd. Erbsen, 3 Ztr. Torf und 1 Paar Sohlen mit Absätze; Gemeinde Obernbeck: 20 Bill. 31 Mill. Mark, 12 Ztr. Korn, 29,80 Ztr. Kartoffeln, 8 Brote, 10 Pfd. Butter, 100 Pfd. Bohnen und 200 Zigarren; Gemeinde Mennighüffen: 23 Bill. 536 Mill. Mark, 48,23 Ztr. Korn, 39,55 Ztr. Kartoffeln, 11 Brote, 1 Ztr. Weizenmehl, 10 Ztr. Kohlen, 1 Ztr. Holz; Gutsbezirk Beck: 10 Ztr. Korn; Gutsbezirk Uleuburg: 6 Ztr. Korn, 3 Ztr. Kartoffeln, 5 Ztr. Wurzeln, 5 Ztr. Steckrüben. — Die Amtsversammlung beschloß auf Vorschlag des Amtsausschusses, dem jetzigen Inhaber der ersten Sekretärstelle, Amtsobersekretär Hebrock, die Dienstbezeichnung „Amtsinspektor" beizulegen. Ferner wurde beschlossen, vom 1. April 1924 ab das Kleider- einschl. Fahrradgeld für die Polizeibeamten auf zusammen 40 Goldmark für jeden Beamten jährlich festzusetzen. Weiter wurde einstimmig beschlossen, der Errichtung eines gemeinsamen öffentl. Arbeitsnachweises für die Aemter Gohfeld-Mennighüffen, Blotho, Rehme und der Stadt Bad Oeynhausen mit dem Sitz bei dem Amte Rehme zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß für den Amtsbezirk Gohfeld-Mennighüffen eine Nebenstelle mit dem Sitz bei der hiesigen Amtsverwaltung errichtet wird.

Blotho. Auch im hiesigen Bezirke ist Ende 1923 die in ganz Deutschland veranstaltete Volkssammlung durchgeführt. Sie schloß mit folgendem Ergebnis ab: 54 Zentner Roggen, 57 Zentner Kartoffeln, 0,50 Zentner Hafer, 1,25 Zentner Weizen, 5,20 Zentner Mehl, 12 Zentner Steckrüben, 0,75 Zentner Bohnen, 1,35 Zentner Gemüse, 2 Zentner Reis, 10 Kisten Zucker, 12 Zentner Torf, Hemdennessel und rund 200 Goldmark in bar. Die Verteilung, die durch gewählte Kommissionen erfolgte, ging derart von statten, daß sämtliche Bedürftige wie Ortsarme, Sozial- und Kleinrentner berücksichtigt und mit nennenswerten Gaben bedacht werden konnten.

Blotho. Bei dem nächtlichen Durchgang durch die Fabrikanlagen einer hiesigen Firma wurden dieser Tage an der Kohlenlagerstätte vier Personen beim Einsacken von Kohlen beobachtet. Die sofort herbeigerufene Polizei stellte die nächtlichen Schwärmer und machte sie zunächst dingfest. Sie entpuppten sich als noch jugendliche Arbeiter, die sich nun vor dem Strafrichter zu verantworten haben werden.

Spenge. Das Ergebnis der in den Monaten November-Dez. in den Gemeinden des Amtes Spenge veranstalteten Volkssammlung zur Unterstützung bedürftiger Familien: Spenge: 34 Zentner Kartoffeln, 3 Zentner Bohnen, 2½ Zentner Weizenmehl, 2 Zentner Weizen, 6 Zentner Roggen, 20 Zentner Kohlen, 5 Zentner Holz, 2 Zentner Pflanzenfett, 3 Zentner Weißkohl, ½ Zentner Erbsen, 40 Billionen Mark bares Geld; Lenzinghausen: 5 Zentner Weizen und Roggen, 8 Zentner Kartoffeln, 144 Milliarden bares Geld; Bardüttingdorf: 8 Zentner Weizen und Roggen, 1½ Zentner Kartoffeln, ½ Zentner Fleischwaren; Wallenbrück: 2 Ztr. Brotgetreide.

Bad Salzuflen. Einem Kaufmann in Schötmar sind, weil er die Großhandelserlaubnis nicht besitzt, 100 Zentner Zucker von der zuständigen Behörde beschlagnahmt worden. Außerdem erhielt er eine Geldstrafe von 1000 Goldmark. Der Zucker gelangt in kleinen Mengen zum Verkauf.

Bad Salzuflen. Wäschediebe haben wieder hier ihr unsauberes Handwerk betrieben. Dem Fabrikanten Junker, Waldstraße, und dem Arbeiter Hühnermund, Paulinenstraße, wurde sämtliche im Garten zum Trocknen aufgehängte Wäsche gestohlen.

Detmold. Der lippische Krankenkassenverband hat folgende Entschließung gefaßt: Mit größtem Bedauern wird festgestellt, daß seitens des Aerzte-Vereins durch den vertragslosen Zustand über die bisherigen Abmachungen sehr leicht hinweggegangen ist. Es wird daher der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der Aerzte-Verein in Zukunft ohne vertragsmäßige Kündigung und Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen bestehende Verträge nicht wieder erledigt erklärt, d. h. ein nochmaliges Eintreten in einen vertragslosen Zustand unterbleibt. Nur unter diesen Voraussetzungen kann der Verbandstag dem Verbandsvorstande die Vollmacht geben, mit dem Aerzte-Verein wieder in Verbindung zu treten und innerhalb vier Wochen neue Vertragsbestimmungen zu vereinbaren. Bis dahin kann unter den alten Vertragsbestimmungen die Tätigkeit der Aerzte bei den Kassen wieder aufgenommen werden, wodurch aber keine Bindung entsteht bezüglich der neuen zu vereinbarenden Vertragsbestimmungen. Die Schaffung des neuen Vertrages kann nur auf Grund der Verordnungen vom 30. Oktober 1923 (RGBl. S. 1051 ff.) in jetziger Fassung geschehen. — Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Aus Nachbarschaft und aller Welt

Osnabrück. Freiherr Gottfried von Korff auf Sutthausen bei Osnabrück ist am Freitag gestorben. Die von Korffs, welche Sutthausen erwarben, entstammen einem uralten westfälischen Adelsgeschlecht. Auf der Grenze der beiden Bistümer Osnabrück und Münster errichteten sie sich schon früh eine feste Burg Harkotten, die noch heute zu ihren Besitztümern zählt. Schon 1276 wird ein Heinrich von Korff als Droste der bischöflichen Landesburg Iburg urkundlich erwähnt. Der jetzt Verstorbene stellte bei Kriegsausbruch sämtliche Gebäude des Gutes nebst Park und Waldungen dem Roten Kreuz zur Verfügung, während er selbst als Georgsritter nebst Gemahlin in München Aufenthalt nahm. Das jetzige Gutshaus ist ein 1902 auf den alten Grundmauern errichteter Neubau in idyllischer von den Osnabrücker Ausflüglern gern besuchter Landschaft.

Krefeld. Ein Krefelder Schreiner hatte in Kempen einen Geldbetrag von 100 000 Gulden zu erheben. Nach hier zurückgekehrt, machte er einen Rundgang durch die Stadt, er kam in die Gesellschaft einer Frauensperson, die ihn in verschiedene Wirtschaften begleitete. In der letzten Station in der Königstraße übergab der nicht mehr ganz Nüchterne seiner „Freundin" auf ihr Verlangen die Brieftasche zum Bezahlen. Doch die Frauensperson verschwand und ward nicht mehr gesehen. Der Leichtsinnige betrauert seine 100 000 Gulden, und die Polizei sucht die Diebin.

Nürnberg. Die hiesige Strafkammer verurteilte den 45 Jahre alten Diakon Schwarz, welcher sich fortgesetzt an seinen Musikzöglingen, Knaben im Alter von zehn bis fünfzehn Jahren, verging, zu fünf Jahren Zuchthaus und Ehrverlust.

Kopenhagen. Auf den zugefrorenen Oresund hatte sich eine große Anzahl Menschen begeben. Da vom Festland starker Westwind wehte, war das Betreten des Eises mit großer Gefahr verbunden. Am Nachmittag riß sich plötzlich das Eis bei Hellerup los und trieb mit mehreren hundert Menschen in den Sund hinaus. Fischerbooten und einem Handelsdampfer gelang es, sämtliche Personen zu retten. Auch die ins Wasser gefallenen Personen konnten aufgefischt werden.

Großfeuer in Leipzig.

Leipzig. Dienstag vormittag kurz vor ½11 Uhr brach in dem Garderoberaum des Leipziger Panoramas am Roßplatz Feuer aus, das mit überraschender Schnelligkeit sich auf das im ersten Stock gelegene Cafe ausbreitete. Die Treppenaufgänge waren sofort verqualmt, so daß ein Vordringen zum Brandherd zunächst unmöglich war. Die Feuerwehr rückte mit größter Beschleunigung mit vier Löschzügen zur Brandstelle. Die Mannschaften drangen mit Rauchhelmen bewaffnet in das Haus ein und legten mit Aexten und Beilen zunächst eine Wand nieder, um an den Brandherd gelangen zu können. Die Glut hatte inzwischen die Decke des Raumes durchbrochen und die gesamte Inneneinrichtung des Hauses vernichtet. Die Ursache des Feuers wird von der Brandkommission der Kriminalpolizei mit ziemlicher Bestimmtheit als Kurzschluß angesprochen. In dem Garderobenraum des Panoramas vereinigten sich eine Anzahl elektrischer Leitungen, in denen durch irgendeinen Kontakt der Kurzschluß entstanden ist. Da sich zu der Zeit des Ausbruches des Brandes keine Person in unmittelbarer Nähe befand, konnte das Feuer diesen außerordentlichen Umfang annehmen. Die gesamte Inneneinrichtung des Panoramas, in dem außerdem ein Kabarett untergebracht war, ist vernichtet worden. Man hofft, in etwa einem Vierteljahr die Räume zur Benutzung wieder herstellen zu können. Das Panorama-Restaurant ist namentlich in Meß-Zeiten ein Treffpunkt vieler Fremden in Leipzig. Es wurde besonders

---

Der letzte Rausch des kleinen Emil Scheuermann.

89] Roman von S. Fischer-Cwoydzinska.

Nachdruckrecht bei August Scherl G. m. b. H. Berlin

Emil fühlte Brausen in seinen Schläfen. Er war nahe daran, sich vor Frau Aglaia ganz zu eröffnen.

„Ich weiß nicht hin noch her. In der Welt stehen sich immer Gegensätze gegenüber. Was ist nun Wahrheit und welcher Weg der richtige für mich? Glauben Sie mir, gnädige Frau, ich nehme die Geschehnisse keineswegs wie ein Spiel. Nicht nur Fräulein Litka leidet — auch ich —"

In diesem Augenblick trat Litka wieder ein, mit rotem Gesicht und finsteren Augen. Sie nahm neben Aglaia Platz und hörte Emils Worten zu.

„Sie wissen nicht, was Sie wollen", platzte sie dann dazwischen. „Sie irren umher. Ein Mann muß ein Ziel haben. Sie aber tändeln nur. Sie nehmen das Leben hin."

„Es nimmt mich hin", verbesserte er leise.

„Sehen Sie, das ist wieder solch eine Laschheit, so ein Selbstmitleid, was ich unausstehlich finde. Als ich Sie kennenlernte, waren Sie ein heiterer, gesunder Mann, jetzt haben Sie Nerven. Ein Mann mit Nerven — entsetzlich. Sie stecken alle mit an. Ich bin froh, daß Mama bald nach Petersburg geht. Ich werde mit Tante Baschka an den Rhein fahren, denn wahrhaftig — —"

„Es dauert noch einer Weile", klang Aglaias tröstliche Stimme. „Das ist gar nicht gut, wenn du aufregst Herrn von Hühnefeld. Seid gleich nett zusammen, hört ihr, ihr große Kinder?"

Emil, der sich erhoben hatte, streckte Litka mit einer bittenden Bewegung seine Hand entgegen. Litka zögerte zunächst, gab dann aber gern und willig ihre weichen Fingerchen hinein.

„Werden Sie sich bessern?"

„Ich will es versuchen. Ich will versuchen, wieder heiter und gesund zu werden, denn Sie können glauben, ich sehne mich am meisten danach. Natürlich kann ich nichts versprechen, weil mein eigener Mensch mir völlig unbekannt ist. Sie sind verwundert darüber, gnädige Frau und ebenso Sie, Fräulein Litka, vielleicht aber finden Sie einmal an sich selbst die Bestätigung meiner Worte. Ich habe in den letzten Nächten, die ich in Schlaflosigkeit und Grübelei verbrachte, erkannt, daß mich zwei vollkommen getrennte Willen leiten. Ich folge bald dem einen, bald dem anderen; welcher mich endgültig beherrschen wird, weiß ich im Augenblick durchaus nicht. Es kann sein, ich werde mein ganzes Leben lang in diesen zwiespältigen Gefühlen leben, das heißt, wenn ein solches Leben sich überhaupt dauernd ertragen läßt. Können Sie begreifen, meine Damen, daß ich oft den brennenden Wunsch habe, einzuschlafen, hinwegzuschlafen über die Wirklichkeit und dann als eine andere Person, als ein vollkommen neues Ich aufzuwachen?"

„Seelisch genommen?" fragte Litka.

„Nein, vollkommen real. Ich möchte der Sohn eines Schuhmachers, eines Schneiders sein, ich möchte in engste Verhältnisse hineinpassen, einen bürgerlichen Beruf haben — vielleicht Kaufmann sein — Beamter — Konfektionär —"

„Aber warum?" fragte Aglaia ganz verwundert.

Emils Augen trübten sich in Unklarheit.

„Um ruhig und friedlich leben zu können. Der Spießer hat uns etwas voraus — er heuchelt nicht, weil er sich äußerlich schon nicht verleugnen kann."

„Verstehst du, was er will?" sagte Litka nach Emils Fortgang aufgeregt zu der Schalsejewa. Es kam mir gar nicht so vor, als litte er nur der Liebe wegen."

Aglaia küßte das Mädchen beruhigend auf die Stirn.

„Er ist krank, Litchen. Du mußt sehen es. Wir wollen nicht mehr ihn quälen. Aber eins wollen wir bewahren ihm, ja?"

„Was, liebe Mama?"

„Die Treue", sagte die schöne, sanfte Stimme Aglaias.

*

„Sie haben die Partie verloren, Gräfin Dorothee."

Osten machte den letzten Schachzug, während Dorothee ihren Läufer beiseite legte.

„Nur im Spiel!"

„Darauf käme es an. Haben Sie denn etwa eine Partie mit mir vor?"

„Ich füge mich lediglich in die, welche Sie eröffneten."

Bitte, deutlicher.

„Bei Ihrem Scharfsinn ist das nicht nötig. Sie wissen genau, welche Stellungen wir zueinander einnahmen."

„Also ernsthaft erzürnt?"

„Ja, ernsthaft."

Die Gräfin gab dem Schachtischchen einen unsanften Stoß. Sie lehnte sich unwillig an ihren Stuhl und betrachtete ihre schmalen Füße. Osten rauchte ruhig, fast phlegmatisch eine Zigarre, obwohl er keineswegs gleichgültig war. Die Gräfin fiel ihm nachgerade auf die Nerven. Seitdem sie wußte, daß auch er bei Aglaia verkehrte, war es kaum mit ihr auszuhalten. Er fühlte ihre Eifersucht auf ihn, indessen die Gefühle für ihren Mann oft genug von einem direkten Haß sprachen.

Fortsetzung folgt.

bekannt, als es in den neunziger Jahren Schlachtengemälde aus dem Kriege von 1870/71 von Anton von Werner von dem Berliner Panorama übernahm. Als die Ausstellung dann an Anziehungskraft verlor, gingen die Gemälde in Privathand über.

Wirtschaftsleben

Dollar 4,2 Billionen.

Berlin, 30. Jan. Die Anforderungen an den Devisenmarkt sind im Vergleich zu gestern per Saldo eher geringer. Bemerkenswert ist, daß der Bedarf in London heute um etwa denselben Betrag abgenommen hat, um den er gestern zugenommen hatte, eine Beobachtung, die sich sowohl zur amtlichen Notierung als auch bei den direkt an die Reichsbank gestellten Ansprüchen machen läßt.

In den nordischen Devisen ergaben sich insofern Kursverschiebungen, als Christiania und Kopenhagen, die gestern unter Parität lagen, heraufgesetzt und Stockholm etwas ermäßigt wurde. Etwas niedriger notierten ferner Italien, sowie auch die Frankendevisen. Mit Ausnahme von Schweiz, das etwas im Kurs heraufgesetzt wurde. Die Ermäßigung der Kurse für die Frankendevisen hängt damit zusammen, daß der Franken wieder schwächer liegt, sich allerdings gegen Vormittag etwas erholt hat.

Die Zuteilung erfolgte unverändert in demselben Ausmaß wie in der letzten Zeit. Repartiert blieben London und Holland mit je 15, Kabel Newyork mit 10 Proz., während die übrigen Devisen voll berücksichtigt wurden.

Am Markt der Dollarschatzanweisungen konnte heute seit längerer Zeit wieder einmal eine Notierung zustande kommen, da anscheinend von den Großbanken dem Markte etwas Material zur Verfügung gestellt wurde. Orders unter 500 Dollar fielen vollkommen aus, die darüber hinausgehenden wurden mit ca. 1 Proz. berücksichtigt. Der Kurs stellte sich auf 4,2 Bill. G. Die 32er bezw. 35er Goldanleihe notierte bei wieder stillem und ruhigem Geschäft 4,2 Billionen bez.

Berliner Börse vom 30. Januar.

Die freundlichere Haltung der Börse ist sehr schnell wieder gewichen, die Nachfrage nach Effekten hat einem mäßigen Angebot Platz gemacht, und das namentlich vom Provinzpublikum heute an den Markt gelangende nicht unerhebliche Materjal fand nur auf etwas ermäßigter Kursbasis Unterkunft. Das Geschäft war noch stiller als gestern, und selbst das Interesse für Spezialitäten ist fast zum Stillstand gekommen. Auch Kriegsanleihe war wieder rückgängig. Nach den ersten Kursen machte sich auf einigen Gebieten leichte Rückkaufsneigung geltend, doch blieb das Geschäft im allgemeinen still und lustlos.

*

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 30. Jan. Das der heutigen Berliner Produktenbörse vorliegende Angebot der Provinz hat sich weiter verknappt und ist auch nicht mehr so dringlich gehalten, als an den Vortagen. Trotzdem blieb bei mangelnder Kauflust die Tendenz der Börse flau, und die Preise konnten sich nicht auf der gestrigen Höhe behaupten. Die geringe Nachfrage nach Mehl und die damit in Verbindung stehende Stockung des Absatzes der Mühlen läßt eine freundlichere Stimmung am Markte des Brotgetreides nicht aufkommen.

Es notierten in Goldmark für 1 To. bei Getreide, für 1 Dz. bei Mehl, Hülsenfrüchten und Futtermitteln: Weizen märk. 143—146, Roggen märk. 125—123, pomm. 123—121, Braugerste 150—160, Futtergerste 136—148, Hafer märk. 98—103, pomm. 88—96, Weizenmehl 22—24,50, Roggenmehl 19—21,75, Weizenkleie 7,30, Roggenkleie 6,40—6,50, Leinsaat 425, Raps 280, Viktoriaerbsen 26—28, kleine Speiseerbsen 12—15, Futtererbsen 11—12, Peluschken 11—12, Ackerbohnen 11—12, Wicken 13—15, Rapskuchen 10,10—10,40, Leinkuchen 22, Trockenschnitzel 7,60—7,90, Zuckerschnitzel 17,50—18,00, Torfmelasse 6,50—6,75. Kartoffelflocken 16,20.

Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 45—70, desgl. Haferstroh 35—50, desgl. Gerstenstroh 35—50, geb. Roggenlangstroh 35—45, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 35—40, Häcksel 1,05—1,25, handelsübl. Heu 85—1,05, gutes Heu 95—1,35.

*

Hohe Preise am Holzmarkt.

In den Holzverkaufsterminen der Staatsforsten sind die Preise, die für gutes Rohholz gezahlt werden, trotzdem der Andrang Kauflustiger nicht übermäßig groß zu sein pflegt, sehr hoch. Sie übersteigen die Bewertung der Termine Anfang Januar teilweise nicht unwesentlich. Von einem Abbau der Rohholzpreise kann im großen und ganzen also keine Rede sein. Auch die Preise für geringwertiges Rohholz, insbesondere für Bauholz, die ganz absonderliche Schwankungen von etwa 16 bis 20 *M* je Festmeter zeigen, entsprechen zurzeit keineswegs der Bewertung des gesägten Bauholzes. Auf diesem Gebiete begegnet man im Gegensatz zum Handel mit Tischlerhölzern, der recht fest liegt, den wildesten Preisunterbietungen. Die Sägewerke wollen ihre Bauware absetzen, das Baugewerbe nimmt die Mengen, die angeboten werden, nicht auf. Dazu kommt, daß gewaltige Offerten aus der Tschecho-Slowakei vorliegen. Alle diese Momente wirken dahin zusammen, daß die Preise für Bauhölzer abbröckeln, statt sich, entsprechend der Bewertung des Rohstoffes, zu befestigen. Auch in Süddeutschland, namentlich in Bayern, lagern große Mengen unverkaufter Bauhölzer, wie besäumter Ware und ähnlicher Sortiments. Ob der Baumarkt den Bauholzhandlungen Beschäftigung und Anregung bieten wird, scheint bei den augenblicklichen Geldverhältnissen mindestens sehr zweifelhaft. Ganz ruhig sieht es auf dem Schwellenmarkt aus. Das Eisenbahnzentralamt hat einstweilen noch nichts gekauft, und auch das Geschäft in Waggonbohlen liegt vollkommen darnieder. Am Laubholzmarkt ist die Lage ziemlich verworren. Es durchkreuzen sich hier die Angebote in durchaus geringwertigem gewöhnlichen Eichenschnittholz mit den Offerten in hochwertiger Ware, die z. B. aus dem Spessart vorliegen, und man begegnet Preisunterschieden bis zu 100 Mark pro Kubikmeter.

Konflikt zwischen Otto Wolff und der Sowjetregierung.

Der Otto Wolff-Konzern hat seinen im Jahre 1922 abgeschlossenen Konzessionsvertrag, wonach der Konzern gemeinsam mit der Sowjetregierung die Deutsch-Russische Handels-A.-G. („Rußgertorg") begründete, mit der vertraglich vorgesehenen zwölfmonatigen Frist gekündigt. Der Grund der Kündigung besteht in geschäftlichen Differenzen, die sich auf die Erneuerung der vom Otto Wolff-Konzern der Sowjetregierung zu gewährenden, mit einem ein Jahr befristeten Kredite, des Staatskredits von 500 000 Pfund und des laufenden Warenkredits von 750 000 Pfund beziehen. Die Erneuerung dieser Kredite, die von der Sowjetregierung nicht voll ausgenutzt worden sind, sollte nur unter gewissen Bedingungen erfolgen, welche dem Konzern die weitere reibungslose Erteilung der Einfuhrlizenzen gewährleisten sollten. Die Handelsvertretung hat Auftrag erhalten, falls der Konzern zustimmt, den Vertrag ohne Einhaltung der Kündigungsfrist mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

*

Ein weiterer Abbau der Einfuhrverbote

steht in absehbarer Zeit zu erwarten, nachdem bereits mit Wirkung vom 11. d. M. für eine Reihe von Waren, hauptsächlich Rohstoffe und Halbfabrikate, die Einfuhrverbote in Fortfall gekommen sind. Soweit die Aufhebung für die Industrie nicht tragbar ist, müssen entsprechende Zollerhöhungen im Rahmen des jetzt geltenden Zolltarifs vorgenommen werden. Es handelt sich dabei um eine Uebergangsperiode bis zum Inkrafttreten eines neuen deutschen Zolltarifs. Seitens der beteiligten Industriegruppen werden in nächster Zeit die bei dieser Sachlage sich ergebenden Vorschläge und Wünsche dem Reichswirtschaftsministerium unterbreitet werden.

*

Einfuhr von Schokolade ins besetzte Gebiet.

Wie die Handelskammer Essen persönlich beim Chef der französischen Zollverwaltung in Düsseldorf festgestellt hat, sind zurzeit folgende Bestimmungen für die Einfuhr von Schokolade ins besetzte Gebiet in Kraft: Schokolade und Schokoladewaren der obengenannten Art sind vorläufig zollfrei, wenn sie deutschen Ursprungs sind und über die östlichen, also gegen das unbesetzte Deutschland liegenden Grenzübergangsstationen ins besetzte Gebiet hereinkommen. Ursprungszeugnisse sind offiziell zwar nicht erforderlich, es erscheint aber zweckmäßig, solche Ursprungszeugnisse, die von der zuständigen Handelskammer beglaubigt sein müssen, den Sendungen beizufügen, um eine großmögliche Sicherheit für die Sendungen zu erreichen, da die Zollverwaltung die Beibringung eines solchen Zertifikats verlangen will, wenn ihr der Ursprung zweifelhaft erscheint. Für Schokolade und Schokoladewaren ausländischen Ursprungs, die über die östlichen Grenzstationen und aus dem Ausland kommen, wird ein Zoll von 75 Goldmark für 100 Kilogramm erhoben.

Verantwortlich für den Inhalt: der Herausgeber und Verleger Fr. Kuhle, für die Anzeigen: Fr. Biersteot; beide in Herford.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat weder der Bezieher noch der Inserent Anspruch auf Nachlieferung oder Entschädigung.

Hotel u. Café Herforder Hof.
Sonnabend, 2. Februar, abends 8 Uhr:
Gesellschaftstanz
(REUNION).
Herren dunkler Anzug
Eintritt 1 Mark.
Tischbestellungen frühzeitig erbeten.

Die
Krankenkassen-Mitglieder
werden ab 1. Februar 1924 wieder auf Krankenscheine behandelt.
Aerztlicher Verein für den Stadtkreis Herford.

Wir suchen
zu sofort einen erstklassigen
Akzidenz-Schriftsetzer
der auch in Linoleum- und Bleischnitt erfahren ist.
Nur erstklassige Kräfte mit guten Empfehlungen wollen sich melden.
Buchdruckerei Fr. Kuhle.

Alte, leistungsfähige
Lack- und Farben-Fabrik
sucht für den dortigen Platz u. Umgebung geeigneten **Vertreter** zum Besuch der Großhändler. Angeb. unt. Nr. 358 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Wer überläßt vorübergehend jungem kinderlosen Ehepaar
2 bis 3 Zimmer
möbliert oder unmöbliert gegen gute Friedensmiete und Abfindung. Evtl. wird für den Vermieter die Heizung mit übernommen. Angebote unter Nr. 383 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung

HAPAG HARRIMAN

HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES
(HARRIMAN LINE)
Nach
NORD-AMERIKA
SÜD-AMERIKA
CANADA
CUBA — MEXICO
OSTASIEN, AFRIKA USW.
Billige Beförderung, vorzügliche Verpflegung
Unterbringung in Kammern in allen Klassen
Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
Hamburg, Alsterdamm 25
und deren Vertreter in:
Bad Oeynhausen Reisebüro Ludwig Back
Klostergasse 15.

Näherinnen
für Damen- und Kinderwäsche außer dem Hause gesucht.
J. Elsbach & Co A. G.

Für meine Posterer- u. Decorations-Werkstätte suche ich per 1. April einen
Lehrling.
möbelfabrik Aug. Stüssel

Heim-Arbeiterinnen
für Damen-Nachthemden gesucht.
J. Elsbach & Co A.-G.

Plätt-Lehrlinge
für unsere Trockenplätterei, nicht unter 18 Jahren für sofort gesucht.
J. Elsbach & Co A.-G.

Dunkelblauer Anzug
Größe 2, fast neu, preiswert zu verkaufen.
Venterweg 7 Part.

Krankenweil
empfiehlt die
Drogerie Reese,
Lübbertstraße 2[illegible].

Bekanntmachung

In diesem Jahre sind vom Westf. Landgestüt Warendorf während der Zeit vom 30. Januar bis 15. Juli beim Gastwirt Deuker in Pödinghausen im Enger zwei Deckhengste aufgestellt. Es sind dies die Hengste

a) Hebron, v. Herrscher, E. Fuchs, Westfale,
b) Martaban, v. Magnet, M. Fuchs, Westfale.

Der Deckpreis für die Stute beträgt bei a 18 bei b) 20 *M*. Das Deckgeld kann auch durch Lieferung von Hafer in natura, welcher auf den Getreidemarktpreis angerechnet wird, beglichen werden. Als Fohlengeld für jedes aus der Bedeckung gefallene drei Wochen alte Fohlen der Wert von 1½ Zentner Hafer. Außer dem Deckgeld ist 1 *M* an Schreibgebühren für jede gedeckte Stute zu entrichten.

Die Deckstunden sind für Januar und Februar von 8 bis 9 Uhr vormittags und von 4 bis 5 Uhr nachmittags, für März bis zum Schluß der Deckzeit von 7 bis 8 Uhr vormittags und von 5 bis 6 Uhr nachmittags. Außerdem von 11 bis 12 Uhr täglich. An Sonntagen finden keine Bedeckungen statt.

Stutenbesitzer, die staatliche Beschäler und Ausnahmehengste benutzen, müssen sich den von der Westfälischen Gestütdirektion herausgegebenen Bestimmungen unterwerfen. Die Bestimmungen sind auf der Deckstation und im Landratsamte in Herford einzusehen.

Weitere Deckstationen sind im Landkreise Herford in diesem Jahre nicht eingerichtet.

Herford, den 28. Januar 1924.

Der Landrat.

Suche
in guter Lage Herfords
Einfamilienhaus
gegen Barzahlung
zu kaufen.
Angebote unter 54 an die Geschäftsst. dieser Zeitung

Fabrikneues
Motorrad
Marke „Innor"
2½ PS. billig abzugeben.
Angebote unter Nr. 355 an die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Freibank, Schlachthof
Morgen:
Großer Fleischverkauf



geputzten Stiefel und Sie entscheiden sich für diese Marke
Ueberall zu haben.
Fabrik Gebr. Meyer A.-G. Hann. Rickl[illegible]

Bekanntmachung.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns August Treuke in Herford ist heute 1 Uhr mittags der Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist der Kaufmann Gustav Landwermann in Herford.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 27. Februar 1924.

Erste Gläubigerversammlung am 28. **Februar 1924, vormittags 9½ Uhr** im hiesigen Amtsgericht Zimmer Nr. 1. Prüfungstermin am 27. **März 1924 vormittags 9½ Uhr** daselbst.

Herford, den 29. Januar 1924

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Herminenbad
Kurfürstenstrasse 7.
Jeden Samstag
von vormittags 10 Uhr
geöffnet.

Zwei tüchtige junge **Mädchen** im Stoßen von Creme-Pralinen und Likör durchaus vertraut suchen per sofort dauernde gutbezahlte Stellung Angebote unter G R 339 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Umzugshalber zu verkaufen:
Bettstellen mit Matratze, 2 Gaslampen, Stühle, Tische
Wo, sagt die Geschäftsst. dieser Zeitung unt. Nr. 364.

Diese Woche besonders
dickfettes

Fleisch
sowie täglich Plockwurst, Fleischwurst, Leberwurst, Sülze und ff. Würstchen empfiehlt
Paul Oetzmann,
Credenstr. 34. Telefon 657.